



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Taktisches Spiel der Linksnationalisten in der Autonomiereform*

Hatte die linksnationalistische ERC aus Katalonien die vom spanischen Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero und CiU-Chef Artur Mas paktierte Fassung des neuen Autonomiestatuts bis vor kurzem noch als „völlig unzureichend“ und „Vertrag an Katalonien“ zurückgewiesen, ruderte ihr Vorsitzender Carod-



Rovira (Foto) jetzt erstmals zurück. So äußerte der für seine taktischen Spielchen bekannte

ERC-Vorsitzende Josep Lluís Carod-Rovira, es bestünde nach wie vor die Chance auf eine Einigung zwischen PSOE und ERC in der Autonomiefrage. Die zwischen Zapatero und der gemäßigt katalanisch-nationalistischen CiU erreichte Einigung sei nicht „100-prozentig“, insbesondere was den Nationenbegriff und das Finanzierungssystem angehe. Mit „kreativen Lösungsansätzen“ könne man mehr als das jetzt Verabredete erreichen, auch wenn das neue Statut hinter der Fassung zurückbliebe, die das katalanische Parlament beschlossen und als Entwurf an das Madrider Zentralparlament weitergeleitet habe, so Carod.

Mit der Lockerung ihrer kompromisslosen Haltung in der Autonomiefrage sucht die ERC, bislang wichtigste parlamentarische Stütze der PSOE-Minderheitsregierung, eine Wiederannäherung an die Sozialisten. Carod fühlt sich ausge-trickst und versucht, wieder die Oberhand zu gewinnen. Denn seit dem Pakt zwischen CiU-Chef Artur Mas und Zapatero (im Foto zu-



sammen mit UDC-Chef Duran i Lleida) verstärkten sich die Anzeichen für einen

Partnerwechsel der Regierung. Zeitungen und Kenner der politischen Szene spekulierten, dass Zapatero die linksnationalistische ERC als privilegierten Partner ersetzen wolle, um zusammen mit der gemäßigten CiU ein tragfähigeres Bündnis einzugehen. Zu sehr hatte Carod in den vergangenen zwei Jahren die Regierung in Madrid immer wieder unter Druck gesetzt, um seine Forderungen durchzusetzen. Dieser Partnerwechsel würde auch die Regionalregierung in Katalonien stark erschüttern, wo ERC und Sozialisten eine Regierungskoalition bilden. Hatte sich die Regierung Zapatero schon bei den letzten

großen Gesetzesprojekten auffällig engagiert um die Unterstützung der CiU bemüht – diese Stimme beispielsweise dem Haushalt 2006 zu –, so ließ die Tatsache, dass die ERC bei ihrem Prestigeprojekt „Autonomiestatut“ von CiU und PSOE ausgebootet wurde, in der Parteiführung alle Alarmglocken läuten.

Während die Gerüchteküche weiter brodelt, trat der CiU-Generalsekretär



und Vorsitzender der christdemokratischen **UDC**, Josep Duran i Lleida (Foto), den Spekulationen um eine Regierungs-

beteiligung in Madrid entgegen und erklärte, es gäbe seitens seiner Partei keine Pläne, in dieser Legislaturperiode eine Koalition mit den Sozialisten einzugehen. Auf Nachfrage des „KAS-Newsletters aus Madrid“ betonte Duran i Lleida: „CiU wird kein ständiges Bündnis mit der PSOE-Regierung eingehen, egal, ob dieser parlamentarische Unterstützung fehlt oder nicht; und unabhängig von der Haltung derjenigen Gruppen, welche die Regierung bislang unterstützt haben“. Nichtsdestotrotz habe man die Absicht, sich in der laufenden Legislaturperiode „bei allen Themen positiv einzubringen.“ Damit lässt sich die CiU alle Türen offen. Die Möglichkeit einer Koalitionsbildung mit den Sozialisten in Barcelona, sollte es zu Neuwahlen in Katalonien kommen, ließ Duran i Lleida bezeichnenderweise unerwähnt.

>> **Wie weit isoliert sich die Volkspartei selbst in der Autonomiefrage?**

Nachdem die linksgerichtete Tageszeitung „El País“ berichtet hatte, die **Volkspartei** isoliere sich mit ihrer Unterschriftenaktion für eine Volksabstimmung über das katalanische Autonomiestatut zusehends, erklärte PP-Generalsekretär



Angel Acebes (Foto), 825.000 Unterschriften in 6 Tagen bewiesen das Gegenteil. Auch die im Internet gesammelten Unterschriften seien

gültig, da sie mit der Personalweisnummer gekennzeichnet seien und entsprechend überprüft werden könnten. Genau dies war von „El País“ nämlich bezweifelt worden. Der PP-Generalsekretär meinte dazu, die PSOE werde offensichtlich nervös, weil sie sich mit dem Autonomiestatut verrannt habe, und nutze die ihnen nahe stehenden Medien nun dazu, die Volkspartei als rechts-außen stehende und isolierte Partei abzustempeln. Damit wolle sie davon ablenken, dass sich ein Großteil der spanischen Bürger in der Statutenfrage von der Regierung übergeben fühle, weil das Projekt der katalanischen Autonomiereform gegen ihr Interesse und auf Betreiben einer nationalistischen Minderheit in Katalonien vorangetrieben werde. Bei einer Angelegenheit von solcher Tragweite für die Zukunft des spanischen Staa-

tes, müssten alle Bürger das Recht haben, in einem Referendum ihre Meinung zu äußern, betonte Acebes. Weiterhin kritisierte der PP-Politiker die „Heimlichtuerei“ der Regierung; zwei Wochen nach der Einigung zwischen Zapatero und Mas wisse die Öffentlichkeit immer noch nicht, was denn genau vereinbart worden sei.

Aus Sicht der PP verspricht die Unterschriftenaktion ein voller Erfolg zu werden. Sie trägt allerdings auch



dazu bei, die Gesellschaft und die Medien weiter zu polarisieren. So kam es am vergangenen Dienstag zu einem Vorfall im Madrider Arbeiterviertel Vallecas, als eine PP-Aktivistin beim Sammeln von Unterschriften für eine Volksbefragung tätlich angegriffen wurde. Sollte es Zapatero gelingen, die Reform durch den Kongress zu bringen und anschließend per Referendum in Katalonien durchzusetzen, dann steht die Volkspartei alleine da. Die PP als Bastion für die Einheit Spaniens würde dann wie ein Kartenhaus zusammenfallen, zumal es Bestrebungen in zahlreichen, auch von der PP-regierten, Regionen gibt, ihre Autonomiestatuten zu reformieren. In dem Fall wäre die PP in der Tat isoliert. Andererseits sind sich auch die Sozialisten untereinander nicht ganz einig in der Reform der katalanischen Autonomiestatuten (siehe dazu den nachfolgenden Bericht).

>> **PSOE in der Autonomiereform weiter zerstritten**

Der Online-Zeitung Libertad Digital zufolge hat der ehemalige Regionalpräsident von Castilla-La Mancha und jetziger Verteidigungsminister, **José Bono** (Foto), seinem Parteifreund Pasqual Maragall – seines Zeichens Regionalpräsident von Katalonien – vorge-



worfen, nur Probleme zu verursachen, anstatt zu ihrer Lösung beizutragen. Es sei „unerträglich“, wie überheblich sich Maragall aufführe. Der für seine ablehnenden Haltung in der katalanischen Autonomiefrage bekannte Bono betonte: „Katalonien ist keine Nation“. Es sei nicht die Zeit, um Spanien zu spalten, nur weil man glaube, wer mehr zahle, habe auch mehr zu sagen, so Bono in Anspielung auf die Zahlungen, die Katalonien im Rahmen des Finanzausgleichs in Spanien leistet. Der Vorfall verdeutlicht, wie wackelig die Einigung zwischen Zapatero und der CiU über die Autonomiereform noch ist. Auch wenn die paktierte Fassung bisher nicht öffentlich gemacht wurde, glauben die Kritiker, insbesondere die Volkspartei, dass auch diese Textfassung noch verfassungswidrig sein werde.

Wie das Beispiel des Verteidigungsministers zeigt, sind nicht einmal innerhalb der Sozialistischen Partei die kritischen Stim-

men verstummt. Wenn auch Zapatero nach dem Kompromiss mit der CiU zunächst als unangefochtener Sieger im Streit um die Autonomie-reform dazustehen scheint, könnte das Bild trügen. Hinter der Fassade brodelt es weiter in den eigenen Reihen.

>> Heftige Parlaments-debatte über „Rücktritt“ Fungairiños

In der aktuellen Stunde im spanischen Kongress äußerte PP-Generalsekretär Angel Acebes, der



erzwungene Rücktritt des obersten Staatsanwalts, Eduardo Fungairiño (Foto), sei in Wirklichkeit ein „politischer Putsch“ gegen ihn, „damit die Justiz die Regierungspläne für einen Dialog mit Batasuna und ETA nicht mehr behindern kann“. Vizeministerpräsidentin **María Teresa Fernández de la Vega** (Foto) erwiderte, die Auswechslung von Staatsanwälten gehöre zur „demokratischen Normalität“. Der Generalstaatsanwalt besitze die Freiheit, bei Vertrauensverlust Entlassungen vorzunehmen. Dies sei jetzt der Fall gewesen. Die Vorwürfe der Volkspartei wies Fernández de la Vega als absurd zurück. Die Regierung sei im Kampf gegen den Terrorismus kompromisslos.

Unterdessen beteiligten sich am 7. Februar ca. 5.000 Personen an ei-

ner Unterstützungskundgebung für Fungairiño, zu welcher der Verband der Terroropfer (AVT) am Denkmal der spanischen Verfassung in Madrid aufgerufen hatte. Deren Vorsitzender, José Alcaraz, verlas eine Erklärung, in welcher Fungairiño „als politisches Opfer von Verhandlungen mit ETA“ bezeichnet wurde.

>> Venezuela setzt Spanien Ultimatum im Rüstungsgeschäft

Nachdem die Bush-Administration



ihr Veto gegen die Weitergabe von US-Technologie im Rahmen des Verkaufs von C-295-

Flugzeugen an Venezuela eingelegt hatte, forderte das Chávez-Regime jetzt eine Lösung innerhalb von 30 Tagen. Die Militärtransportmaschinen vom Typ C-295 sollten von der spanischen Firma CASA – ein Teil des europäischen Konzerns EADS – gebaut und geliefert werden. Die Ungeduld der venezolanischen Regierung hängt damit zusammen, dass Spanien offenbar Schwierigkeiten hat, adäquaten Ersatz für die US-Technologie zu finden, mit dem die Flugzeuge ausgerüstet waren. Nach dem US-Veto hatte die spanische Regierung noch vollmundig angekündigt, man werde die amerikanischen Bauteile eben gegen europäische Komponenten austauschen. Wie sich inzwischen herauszustellen scheint, ist dies

aber alles andere als einfach. Der Austausch amerikanischer Technologie durch europäische würde das Flugzeug zudem derart verteuern, dass das Geschäft nicht mehr profitabel wäre, heißt es aus Expertengruppen. Die Volkspartei hatte in diesem Zusammenhang bereits kritisiert, dass es der Regierung Zapatero wohl ohnehin nicht um wirtschaftliche Aspekte, sondern um einen politischen Freundschaftsdienst gegenüber dem Linkspopulisten Chavez ginge.

>> **Wladimir Putin auf Staatsbesuch in Spanien**



Im Rahmen des zweitägigen Staatsbesuches des russischen Präsidenten Wladimir Putin haben die spanische und die russische Regierung eine Erklärung über das gemeinsame Vorgehen gegen den Terror angenommen. Darin wird der Terror in all seinen Erscheinungsformen verurteilt. Da der Terrorismus eine globale Gefahr darstelle, der alle Staaten in gleichem Maße ausgesetzt seien, müsse auch die Antwort der Weltgemeinschaft ein globales Ausmaß haben, heißt es in dem Dokument weiter.

Wie unterschiedlich die Auffassungen in Bezug auf den Umgang mit dem Terrorismus jedoch sein können, zeigte die russische Initiative zur Lösung des Nahostkonflikts, die Putin überraschend auf einer Pres-

sekonferenz im spanischen Regierungssitz Moncloa der Öffentlichkeit vorstellte. Im Beisein Zapateros lud er die Hamas, die von der EU und den USA als terroristische Organisation betrachtet wird, dazu ein, den Friedensprozess mit Israel in Moskau zu verhandeln. Zuvor hatte der spanische Ministerpräsident Zapatero geäußert, die Rolle Putins für den Frieden im Nahen Osten sei entscheidend. Zudem betonte er, man werde die Initiativen Putins unterstützen, wenn sie sich im Rahmen des so genannten Quartetts von Madrid – USA, Russland, UNO und EU – bewegten. Angesichts der Einladung an die Hamas haben Israel und die USA Russland bereits um eine Erklärung gebeten. Bisher herrschte Konsens darüber, dass Hamas einen Gewaltverzicht erklären und das Existenzrecht Israels anerkennen müsse, bevor sie von der internationalen Gemeinschaft als Gesprächspartner im Nahost-Friedensprozess akzeptiert werden könne.

>> **USA lehnen spanische Führung der NATO in Afghanistan ab**

Nach Informationen des konservativ-katholischen Radiosenders Cope haben die USA ihr Veto gegen ein spanisches Oberkommando über die NATO-Kräfte in Afghanistan eingelegt. Nach Angaben amerikanischer Diplomaten wurde dies dem spanischen NATO-Botschafter

bereits mitgeteilt. Laut dem festgelegten Rotationskalender hätte Spanien das Oberkommando Anfang 2007 übernehmen sollen. Dies würde die Entsendung zusätzlicher Soldaten und eines Generals sowie die Übernahme der Verantwortung für das Hauptquartier implizieren. Die USA weigern sich jedoch, ihre Truppen, die in Afghanistan gegen Terroristen der Al Kaida und die Taliban kämpfen, als Teil der ISAF (International Security Aid Force) einem spanischen General zu unterstellen.



Stattdessen wird jetzt ein System angedacht, welches die Beteiligung mehrerer Länder am Oberkommando zulässt. Hintergrund der amerikanischen Bedenken ist der plötzliche Truppenabzug Spaniens aus dem Irak nach dem Wahlsieg Zapateros im April 2004. Seitdem begegnet die Bush-Administration der Außen- und Antiterrorpolitik der spanischen Regierung mit Misstrauen. Die geplanten spanischen Rüstungsverkäufe an die venezolanische Regierung von Hugo Chavez, den die USA als derzeit größte Bedrohung für die Stabilität der politischen Situation in Lateinamerika ansehen, werden von den USA auch nicht gerade „als vertrauensschaffende Maßnahmen“ aufgefasst.

>> **Parteitag der portugiesischen Sozialdemokraten am 17./18. März**

Im Mittelpunkt des außerordentlichen Parteitags der liberal-konservativ ausgerichteten Sozialdemokraten (**PSD**), die der Europäischen Volkspartei EVP angehören, steht eine Reform der Parteistatuten, die Parteichef Luis Marques Mendes verfolgt. So soll künftig der Parteivorsitzende per Urwahlen an der Parteibasis und nicht mehr wie bisher von den Delegierten auf dem großen Parteitag gewählt werden. Ob es für dieses Vorhaben eine Mehrheit bei den rund 750 Delegierten gibt, ist noch nicht absehbar. Personelle Umstrukturierungen in der Parteiführung wird es nicht geben. Damit soll sich der ordentliche Parteitag Mitte diesen Jahres befassen, für den es aber bisher keinen genauen Termin gibt.



Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.

Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Stefan Reith

Design: Normann Kreuter

Neue Postanschrift:

Plaza de Castilla 3, 16-D 2

28046 Madrid, España

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: Hkasmad@gmx.net

Web: www.kas.de/espana